

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

29. Jahrgang

Berlin, den 23. November 1962

Nummer 47

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte November 1962

Die internationale Situation

Die westliche Weltwirtschaft steht nach wie vor im Zeichen konjunktureller Abschwächungstendenzen. In den angelsächsischen Ländern haben jedoch die wirtschaftspolitischen Instanzen zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt sind, diese Tendenzen, die einen erneuten Wirtschaftsrückgang nach sich ziehen könnten, tatenlos hinzunehmen.

In Großbritannien sind jetzt wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen worden, von denen ein expansiver Einfluß im Laufe der nächsten Monate ausgehen wird. So hat die britische Regierung ins Gewicht fallende Abschreibungserleichterungen für gewerbliche Anlageinvestitionen und eine erhebliche Herabsetzung der Kaufsteuer für Automobile beschlossen. Diese Maßnahmen sind geeignet, die britische Wirtschaft aus der gegenwärtigen Phase konjunktureller Lethargie herauszuführen. Der schwächste Bereich im gegenwärtigen Wirtschaftsbild Großbritanniens, der Investitionssektor, erhält damit Anregungen, durch die der Rückgang der privaten Anlageinvestitionen zum Stillstand kommen und eventuell ein erneutes Investitionswachstum in Gang gebracht werden könnte. Dies gilt um so mehr, als durch die Herabsetzung der Kaufsteuer für Automobile nicht nur der Konsum, sondern auch die Investitionstätigkeit gefördert wird. Die Gefahr, daß die bisher noch kräftig investierende Automobilindustrie angesichts einer sich abschwächenden Absatzentwicklung ihre Investitionsprogramme einschränkt, ist damit erheblich geringer geworden.

In den Vereinigten Staaten wird zwar bisher noch eine sehr zurückhaltende Wirtschaftspolitik betrieben; Ankündigungen der Regierung lassen jedoch mit der lange erwarteten Einkommensteuersenkung Anfang nächsten Jahres rechnen. Eine Einkommensteuersenkung zu diesem Zeitpunkt würde voraussichtlich verhindern, daß die augenblickliche konjunkturelle Abschwächung in eine „recession“ übergeht. Die Wahrscheinlichkeit, daß noch in diesem Jahr ein Wirtschaftsrückgang einsetzt, ist jedenfalls gering. Selbst wenn sich der Rückgang der Lagerinvestitionen, der auch im dritten Quartal beachtlich war, im vierten Quartal fortsetzt, dürfte die weiterhin aufwärts gerichtete Entwicklung der Wohnungsbauinvesti-

tionen, der Ausgaben der öffentlichen Hand und des privaten Verbrauchs eine Sozialproduktschrumpfung im vierten Quartal ausschließen. Da sich die Investitionsneigung als Folge der konjunkturellen Verlangsamung bereits abgeschwächt hat, wird es nur mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung gelingen, durch eine Stimulierung der Konsumentennachfrage auch die Investitionsbereitschaft wieder zu stärken. Es wird daher noch einige Zeit vergehen, bis die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, daß die Investitionen die Rolle spielen können, die ihnen im Prozeß eines andauernden kräftigen Wachstums als Träger der Expansion zukommt.

Nach bisher bekannt gewordenen Angaben hat sich die Zahlungsbilanzlage der Vereinigten Staaten im dritten Quartal wieder verschlechtert. Dies war vor allem auf die unbefriedigende Exportentwicklung zurückzuführen, die ihrerseits durch die konjunkturelle Verlangsamung in der übrigen Welt bedingt sein dürfte. Wenn sich die Abschwächungstendenzen insbesondere in den westeuropäischen Volkswirtschaften weiter durchsetzten, können Zahlungsbilanzspannungen die wirtschaftspolitische Bewegungsfreiheit der Vereinigten Staaten wieder beträchtlich einengen.

Im kontinentalen Westeuropa sehen sich die wirtschaftspolitischen Instanzen noch nicht zu expansiven Maßnahmen veranlaßt, obwohl auch hier eine konjunkturelle Verlangsamung zu erkennen ist. Zwar ist von der OECD ein recht optimistisches Bild des gegenwärtigen und künftigen Konjunkturverlaufs in den Ländern des westlichen Kontinentaleuropa entworfen worden, doch ist in dieser Lagebeurteilung dem Nachlassen der Auftriebskräfte bei den privaten Investitionen und beim Export zu wenig Gewicht beigemessen worden. Die Entwicklung der privaten Investitionen wird nicht zuletzt dadurch beeinträchtigt, daß trotz reichlicher Liquidität der Geldmärkte in der gegenwärtigen Situation die langfristige Investitionsfinanzierung auf Schwierigkeiten stößt. Wenn in Frankreich die Entwicklung der privaten Anlageinvestitionen bisher günstiger als erwartet verlief, so kommt hierin mehr ein Abbau der Auftragsbestände zum Ausdruck als eine weitere kräftige Zunahme der Investitionsgüternachfrage. Solange sich die Abschwächungstendenzen in der westlichen Weltwirtschaft fortsetzen,

ist kaum damit zu rechnen, daß die Exporte des kontinentalen Westeuropa an Drittländer wieder nennenswert zunehmen werden. Konjunkturstützend werden vorerst die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben und des privaten Verbrauchs, der durch zum Teil noch beschleunigte Lohnsteigerungen getragen wird, wirken. Jedoch ist es unwahrscheinlich, daß sich das Wachstum des in erster Linie durch die Einkommensentwicklung bestimmten privaten Verbrauchs für längere Zeit fortsetzt, wenn sich die Investitionsneigung weiter abschwächt.

An den Weltrohstoffmärkten, denen der Kuba-Konflikt einen gewissen Auftrieb gegeben hatte, sind die Preise zum Teil schon wieder gesunken. Die geringe Wirkung, die die Kuba-Krise auf diese Märkte ausgeübt hat, spiegelt die nach wie vor schwache Position der Rohstoffländer eindrucksvoll wider.

Westdeutschland

Nach den bisher vorliegenden Indikatoren hat der Herbstaufschwung, der diesmal später als sonst einsetzte, das saisonübliche Ausmaß kaum überschritten. Auf jeden Fall blieben anregende Impulse auf die konjunkturelle Entwicklung aus. Die Konjunktur Westdeutschlands steht daher weiter unter dem Zeichen nur noch schwacher expansiver Kräfte, die jedoch nach wie vor ein — wenn auch bescheidenes — Wachstum ermöglichen werden, da sie von den vorerst immer noch hohen Auftragsreserven der gewerblichen Wirtschaft und dem beträchtlichen Bauüberhang eine wirksame Stütze erhalten.

Im Rahmen der verringerten wirtschaftlichen Aktivität sind Entspannungstendenzen nunmehr auch in jenen Bereichen deutlich sichtbar geworden, die, wie der Arbeitsmarkt, die konjunkturelle Abschwächung bisher kaum widerspiegeln. Mit der Auflockerung des Arbeitsmarktes, die in der weniger drängenden und zum Teil bereits nachlassenden Nachfrage der industriellen Erzeuger, insbesondere der Investitionsgüterindustrie, nach Arbeitskräften zum Ausdruck kommt, hat auch der Aufwärtstrend der Individuallohnentwicklung nachgelassen. Trotz der verlangsamten Zunahme des Masseneinkommens hat der private Verbrauch, obwohl auch er seinen Zuwachs bereits verlangsamt, an Gewicht und Bedeutung kaum eingebüßt. Allerdings sind die anregenden Wirkungen der Verbrauchskonjunktur auf die Erzeugung sehr viel geringer als ursprünglich erwartet, da der Einzelhandel in Erwartung stark steigenden Absatzes sich reichlich bevorratet hatte. Vor dem Abbau dieser vergleichsweise hohen Lagerbestände wird also auch die weitere Zunahme des privaten Verbrauchs in der industriellen Erzeugung selbst nur sehr abgeschwächt zum Ausdruck kommen.

In der Außenwirtschaft haben sich die — hier besonders starken — Abschwächungstendenzen zwar nicht weiter fortgesetzt — der Saldo der Leistungsbilanz scheint sich jedenfalls auf seinem jetzt erreichten Minimum zu stabilisieren —, aber auch diese Stabilisierung bedeutet den Fortfall aller anregenden Impulse, die noch im Vorjahr für die westdeutsche Konjunktur eine so wichtige Rolle gespielt hatten. Die Expansion der Einfuhrseite hat infolge der guten Ernte und der

dadurch bedingten Verringerung der Ernährungsgüterimporten nachgelassen. Auch die Rohstoffimporten, die keinerlei Anzeichen stärkerer Bevorratungstendenzen zeigt, sondern sich nach wie vor an dem abgeschwächten Wachstum der industriellen Erzeugung orientiert, ist in bescheidenen Grenzen geblieben. Dagegen hat die starke Expansion der Einfuhr von Fertigwaren der Erzeugnisse bis in die jüngste Zeit nahezu unverändert angehalten. Der jetzt auch im Ausland stärker werdende Aufwärtstrend der Preise und die Erwartung, daß dieser Preistrend anhalten wird, hat zur unveränderten Zunahme der Fertigwarenimporten mit beigetragen.

Die Zunahme der Ausfuhr hält sich im Rahmen des stark abgeschwächten Wachstums von etwa 4 vH, wobei die Ausfuhr von Fertigwaren der Erzeugnisse kaum noch zunimmt. Trotz der unbefriedigenden Auftragsentwicklung aus dem Ausland, die auch neuerdings wieder das Vorjahresniveau unterschritt, wird die weitere Ausfuhrentwicklung ähnlich wie die Entwicklung des Inlandsabsatzes dank dem Rückgriff auf Auftragsreserven nicht unmittelbar auf das niedrigere Niveau der Nachfrage herabgedrückt.

Infolge der anhaltenden und sich verstärkenden Abschwächung der konjunkturellen Auftriebskräfte hat auch der Preisdruck nachgelassen. Eine völlige Unterbindung weiterer Preissteigerungen wird sich allerdings auch mit Hilfe des Stabilisierungsprogramms der Bundesregierung kaum erreichen lassen, bei dem das Ausgaben-volumen des Bundeshaushaltes nicht mehr stärker zunehmen soll als das — allerdings von der Bundesregierung wohl zu optimistisch geschätzte — reale Sozialprodukt. Die Bundesregierung ist jedenfalls diesmal in ihrer Ausgabenprojektion unter der Grenze dessen geblieben, was unter Würdigung der gesamten konjunkturellen Konstellation notwendig erscheint. Denn die westdeutsche Wirtschaft steht ja nicht mehr vor oder mitten in einer Hochkonjunktur, sondern die Tendenzen der gegenwärtigen konjunkturellen Entwicklung weisen unverkennbar darauf hin, daß die noch vorhandenen bereits erheblich schwächer gewordenen Expansionskräfte in zunehmendem Maße kontraktiven Einflüssen zu erliegen drohen. Die Labilität der gegenwärtigen konjunkturellen Situation und ihre Anfälligkeit auch gegenüber solchen Störungen, die nicht aus einer ohnehin nicht mehr zur Diskussion stehenden Restriktion, sondern schon aus einem Nachlassen bisher noch vorhandener expansiver Faktoren resultieren, haben jedenfalls zugenommen.

Betrachtet man die Einflüsse, die von der Außenwirtschaft und den öffentlichen Haushalten auf die Verschuldungsposition der Wirtschaft ausgehen, so ist die beabsichtigte Dämpfung des Wachstums der öffentlichen Ausgaben auch unter diesem Aspekt bedenklich. Sie hemmt die erwünschte Entlastung der angespannten Verschuldungsposition der Wirtschaft, die nur durch einen fühlbaren Abbau der Einnahmeüberschüsse der öffentlichen Hand erreicht werden kann. Im Rahmen der jetzt angestrebten Einsparungen in der Ausgabengestaltung der öffentlichen Hand besteht aber die Gefahr, daß dieser Abbau erneut verzögert wird. Die ohnehin schwache Investitionsneigung der Wirtschaft würde in diesem Falle

nicht nur durch die mit der verlangsamten Ausgabenexpansion der öffentlichen Hand ausfallende Nachfrage, sondern auch durch eine weitere Verschlechterung ihrer Verschuldungssituation betroffen werden.

Nach allen bisherigen Erfahrungen hat die westdeutsche Wirtschaft derartige Belastungsproben zwar immer überstanden, d. h. sie nach verhältnismäßig kurzer Zeit ohne Rückschläge in der Gesamterzeugung überwunden, aber diese Widerstandskraft wird diesmal auf eine harte Probe gestellt. Zum erstenmal in der westdeutschen Nachkriegsentwicklung ist der Konkurrenzdruck des Auslandes in einer sehr umfassenden Form wirklich fühlbar geworden. Die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Exportgüter auf den Auslandsmärkten hat zwar bisher noch nicht ernsthaft gelitten, aber auf dem Inlandsmarkt haben die Auslandswaren in beträchtlich gesteigertem Umfang Bedeutung gewonnen,

wie dies in der raschen Zunahme der Fertigwareneinfuhr zum Ausdruck kommt.

Durch den verstärkten Konkurrenzdruck des Auslandes auf dem Inlandsmarkt wird der Zwang zur Rationalisierung sicherlich verstärkt, so daß die erheblich abgeschwächte Investitionsneigung von dieser Seite neue Impulse erhalten würde. Diesen neuen „incentives“ steht jedoch die noch keineswegs zum Abschluß gekommene Erschwerung in der Finanzierung geplanter Investitionen aus eigenen Mitteln gegenüber, eine Erschwerung, die wiederum keineswegs durch günstigere Bedingungen der Fremdfinanzierung kompensiert wird.

Eine Verbesserung dieses für die Investition abträglichen Finanzierungsklimas könnte durch Liquiditätserleichterungen von seiten der Notenbank erreicht werden. Offensichtlich hält man aber den Zeitpunkt für eine in diesem Sinne aktivere Notenbankpolitik immer noch für verfrüht.

Zur Entwicklung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik

Bis vor wenigen Jahren hat die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer, der im Sommer 1954 0,4 vH betragen hatte, lag noch 1959 unter 1 vH und hat sich erst seitdem in stetigem Anstieg auf über 3 vH (Mitte 1962) erhöht. Von 1961 auf 1962 hat sich jedoch die Zunahme im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr verstärkt, obgleich seit dem August 1961 die Zuwanderung von Erwerbspersonen aus Mitteldeutschland unterbunden wurde. Absolut ist die Zahl der beschäftigten Ausländer gegenüber 1954 auf mehr als das Neunfache gestiegen; mit über 650 000 war sie Mitte 1962 fast viermal so groß wie 1959.

Diese beschleunigte Zunahme steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeitsmarktlage. Mit der fortschreitenden Verknappung der einheimischen Arbeitskraftreserven mußte die Arbeitsmarktpolitik auf die Erschließung neuer Möglichkeiten zur Deckung des Kräftebedarfs gerichtet sein. So wurde bereits im Dezember 1955 mit Italien ein Abkommen über die Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften

getroffen, im März 1960 folgten entsprechende Vereinbarungen mit Spanien und Griechenland und im Oktober 1961 mit der Türkei.

Die auch nach Abschluß des Regierungsabkommens zuerst nur sehr schwache Zunahme der Zahl der im Bundesgebiet beschäftigten Italiener zeigt, daß die westdeutschen Unternehmer zunächst nur in geringem Umfang von der Möglichkeit der Einstellung ausländischer Kräfte Gebrauch machten. Dies mag zum Teil an Schwierigkeiten in der Unterbringung gelegen haben (die amtliche Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften erfolgt nur, wenn geeignete Unterkünfte verfügbar sind), zum Teil aber auch daran, daß in den ersten Jahren nach dem Abschluß des Abkommens mit Italien unter den in der Bundesrepublik noch vorhandenen Arbeitslosen, insbesondere im regionalen Ausgleich, noch geeignete Kräfte zu finden waren. Erst mit der nahezu restlosen Ausschöpfung der einheimischen Arbeitskraftreserven und nicht zuletzt auf Grund der guten Erfahrungen mit den vermittelten Ausländern stieg deren Zahl seit 1960 steil an.

Bis 1957 waren unter den in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländern die Niederländer

Die beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik¹⁾ nach der Staatsangehörigkeit
Stand am 31. Juli²⁾; in 1000

Zeit	Griechen	Italiener	Niederländer	Österreicher	Spanier	Türken	Sonstige	Insgesamt
1954	0,5	6,2	20,2	15,2	0,4	.	27,7	70,1
1955	0,6	7,1	21,9	17,4	0,5	.	29,4	76,8
1956	0,9	10,7	23,3	20,1	0,7	.	32,2	87,8
1957	1,7	18,6	23,8	18,9	0,9	.	40,7	104,6
1958	2,7	25,1	27,8	19,8	1,4	.	46,5	123,4
1959	4,0	48,3	29,4	23,3	2,1	.	56,1	163,2
1960	12,9	121,3	33,4	32,1	9,4	2,5	64,7	276,2
1961	40,6	207,1	44,5	40,5	48,3	5,1	85,7	471,9
1962	68,8	265,3	52,7	46,6	87,1	15,2	114,7	650,3

¹⁾ Bis 1958 ohne Saarland. — ²⁾ 1961 und 1962 Stand vom 30. 6.

und Österreicher am stärksten vertreten, von 1959 an lagen die Italiener an der Spitze. Rascher als das Abkommen vom Dezember 1955 mit Italien wirkten sich die im Frühjahr 1960 getroffenen Vereinbarungen mit Spanien und Griechenland aus, denn bereits 1961 übertraf die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Spanier, 1962 auch die der Griechen, die Zahl der Niederländer sowie der Österreicher, obgleich auch diese sich ständig erhöht haben. Das vergleichsweise kleine Kontingent der türkischen Arbeitnehmer hat sich in dem einen Jahr nach dem Abschluß des Abkommens mit der Türkei fast verdreifacht.

Eine zunehmende Zahl von Gastarbeitern aus den Ländern, in denen amtliche deutsche Vermittlungskommissionen tätig sind, kommt ohne die Inanspruchnahme dieser Stellen in die Bundesrepublik. So nahm die Zahl aller in Westdeutschland beschäftigten italienischen, spanischen, griechischen und türkischen Staatsangehörigen von Ende Januar bis Ende Juni 1962 von 304 000 auf 436 000, also um 132 000 zu, während die Zahl der in dieser Zeit amtlich vermittelten Arbeitskräfte aus den entsprechenden Ländern nur 86 000 betrug.

Bei einem Teil der nach Westdeutschland kommenden Ausländer handelt es sich um Saisonarbeiter. Dies gilt insbesondere für die Italiener (Ende September 1961: 224 000; Ende Januar 1962: 174 000), die überwiegend im Baugewerbe beschäftigt sind. Die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Spanier und Griechen hatte sich dagegen auch im Winter noch geringfügig erhöht.

Die regionale Verteilung der in Westdeutschland beschäftigten Ausländer ist sehr unterschiedlich: Der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer lag Mitte 1962 zwischen 0,9 vH in Schleswig-Holstein und 5,6 vH in Baden-Württemberg und im Saarland. Überdurchschnittlich war er ferner in Hessen (3,4 vH) und in Nordrhein-Westfalen (3,3 vH). Diese Unterschiede sind auf das Zusammenwirken verschiedener Faktoren zurückzuführen. Eine wesentliche Ursache liegt in dem regional unterschiedlichen Zeitpunkt des Erreichens der Vollbeschäftigung, der wiederum mit der verschiedenen Wirtschaftsstruktur der Bundesländer zusammenhängt. Die regionale Verteilung der verschiedenen Nationalitäten unter den beschäftigten Ausländern ist teilweise bedingt durch die verschiedenen Termine der Vermittlungsabkommen; ferner spielen hierfür auch Unterschiede in der Intensität des Straßenbaues eine Rolle, für den insbesondere zahlreiche Italiener vermittelt wurden. Die Grenznähe ist von besonderer Bedeutung für diejenigen Ausländer, die ohne amtliche Vermittlung in die Bundesrepublik kommen und vorzugsweise in den ihnen benachbarten Bundesländern Beschäftigung aufnehmen. So arbeitete 1962 84 vH der Niederländer in Nordrhein-Westfalen und 46 vH der Österreicher in Bayern.

Auch in der Verteilung der ausländischen Arbeitnehmer auf die einzelnen Wirtschaftszweige bestehen charakteristische Unterschiede zwischen

den Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten. Insgesamt war Mitte 1962 der größte Teil der Ausländer in der Eisen- und Metallwirtschaft (31 vH), im Baugewerbe (25 vH) und im verarbeitenden Gewerbe (21 vH) beschäftigt. Weit

Die beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer
in der Bundesrepublik nach Wirtschaftszweigen
Anteile in vH

Wirtschaftszweig	1960	1961	1962
Land- u. Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	3,1	2,2	1,6
Bergbau, Steine u. Erden, Energie dar. Steinkohlenbergbau	7,9 3,4	7,3 3,2	6,6 2,7
Eisen- u. Metallerzeugung u. -verarb.	25,6	30,0	30,6
Verarbeitendes Gewerbe	19,7	20,7	21,4
dar. Textil- u. Bekleidungsgewerbe	6,4	6,7	7,3
Bau- Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe . .	25,7	24,2	25,1
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	5,4	4,7	4,3
Dienstleistungen	7,5	5,7	4,9
dar. Gaststättenwesen	3,9	3,2	2,7
Verkehrswesen	2,2	2,6	2,5
Öffentlicher Dienst	2,9	2,6	3,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

über dem Durchschnitt lag der auf die Eisen- und Metallwirtschaft entfallende Anteil bei den Spaniern und Griechen (41 bzw. 43 vH) und bei den Türken (54 vH), während der größte Teil der Italiener im Baugewerbe arbeitete (37 vH). Bei den Angehörigen der übrigen Nationalitäten trat der Anteil des Baugewerbes hinter dem des verarbeitenden Gewerbes zurück, in dem mehr als ein Drittel der Griechen und etwa ein Viertel der Spanier, Niederländer und Österreicher beschäftigt waren. Bei den Österreichern fällt der weit über dem Durchschnitt liegende Anteil der Dienstleistungen (13 vH) auf, was hauptsächlich auf die verhältnismäßig große Zahl des in den oberbayrischen Fremdenverkehrsorten beschäftigten österreichischen Gaststättenpersonals zurückzuführen ist.

Hiermit hängt auch der besonders hohe Anteil weiblicher Arbeitskräfte unter den Bundesgebiet beschäftigten Österreichern zusammen, der 1962 — bei einem Gesamtdurchschnitt von 18 Frauen je 100 beschäftigte Ausländer — 35 vH betrug. Besonders niedrig war der Frauenanteil bei den vorwiegend im Baugewerbe arbeitenden Italienern und bei den Türken (9 bzw. 8 vH), während er bei den in größerem Umfang in der verarbeitenden Industrie beschäftigten Griechen und Spaniern mit 29 bzw. 24 vH über dem Durchschnitt lag. Insgesamt hat sich die Zahl der im Bundesgebiet beschäftigten Ausländerinnen von 1959 bis 1962 von 30 000 auf 116 000 erhöht. Der Anteil der Frauen an den beschäftigten Ausländern ist vor allem bei den Angehörigen derjenigen Länder gestiegen, mit denen Vermittlungsabkommen bestehen. Er wird sich in Zukunft auch dadurch erhöhen, daß die im Bundesgebiet beschäftigten Ausländer in zunehmendem Maße ihre zunächst im Heimatland zurückgebliebenen Familien nachkommen lassen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt,
 Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36, in Vertretung: Dr. Horst Seidler, Verlag: Duncker & Humblot,
 Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunststruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte
 vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.



Gegenstand *)	Einheit †)	1961					1962								
		Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.
Anzahl der Werktag¹²⁾		28,7	22,0	22,8	21,2	20,0	22,7	20,8	23,0	19,8	21,8	20,2	22,8	23,7	21,0
Kredite an Nichtbanken															
Zentralbanksystem	Mill. DM E	3069	3132	3181	2844	3017	2897	2677	2552	2398	2792	2654	2487	2746	2436
Kreditbanken	"	47742,9	48991,7	48454,8	48839,2	50131,1	49440,4	49870,9	50773,4	50952,8	51417,9	52867,0	52639,5	52639,5	52639,5
an Wirtschaft u. Private	"	39756,2	40964,2	40395,2	40775,1	42145,6	41332,6	41803,7	42754,9	42859,9	43178,8	44520,2	44384,8	44471,9	44471,9
kurzfristige Kredite	vH	69,0	69,2	68,6	68,3	68,9	67,9	67,9	68,1	67,7	67,7	68,1	67,4	66,8	66,8
dar. Wechselkredite	"	29,2	28,9	28,7	28,5	30,3	28,9	28,3	28,3	28,2	28,5	28,1	28,3	28,0	28,0
mittelfristige Kredite	"	12,7	12,6	12,8	12,9	12,5	12,7	12,8	12,7	13,1	13,0	13,2	13,6	14,0	14,0
langfristige Kredite	"	18,3	18,2	18,6	18,8	18,6	19,4	19,3	19,2	19,2	19,3	18,7	19,0	19,2	19,2
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	1648,0	1661,4	1658,1	1678,1	1668,8	1680,2	1529,0	1489,4	1442,0	1484,2	1544,3	1535,0	1506,1	1506,1
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	6338,7	6366,1	6393,5	6386,0	6316,9	6427,6	6538,2	6529,1	6650,9	6754,9	6622,5	6719,7	6712,5	6712,5
Übrige Kreditinstitute¹⁾															
an Wirtschaft u. Private	"	125947,3	127926,0	129677,6	131655,2	133481,4	134948,0	136926,6	138940,7	140150,0	142424,2	144372,6	146043,1	147807,1	147807,1
kurzfristige Kredite	vH	89495,7	90911,8	91897,1	93391,0	94731,9	95058,5	96274,2	97608,0	98501,0	100083,6	101679,3	102635,6	103902,4	103902,4
dar. Wechselkredite	"	19,3	19,6	19,2	19,3	19,2	19,0	19,2	19,6	19,3	19,2	19,5	18,9	18,5	18,5
mittelfristige Kredite	"	7,2	7,2	7,1	7,0	7,0	6,8	6,9	7,0	6,9	7,0	6,8	6,8	6,7	6,7
langfristige Kredite	"	8,6	8,5	8,5	8,5	8,6	8,4	8,3	8,3	8,4	8,4	8,6	8,7	8,8	8,8
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	21472,0	21792,8	22225,5	22411,0	22787,9	23263,8	23446,0	23671,2	23707,4	24038,8	24284,5	24762,7	24964,4	24964,4
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	14979,6	15221,4	15555,0	15853,2	15961,6	16625,7	17206,4	17661,5	17941,6	18301,8	18408,8	18644,8	18940,3	18940,3
Bargeldumlauf und Bank- einlagen															
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM E	22214	22888	22277	23116	23137	22191	22756	23474	23343	23479	23821	23653	24009	24330
Sicht- u. Termineinlagen, ges. ¹²⁾ von Wirtschaft und Privaten	"	59720	59068	59574	59985	62667	60875	61045	60857	61799	63350	63482	64031	63336	64987
Sichteinlagen	vH	40348	39651	41137	41387	43953	41973	41665	40930	42757	43446	42926	43854	44012	43690
Termineinlagen	"	70,5	71,0	71,2	72,0	72,9	70,3	69,9	70,6	70,8	70,8	71,7	72,1	72,1	72,2
von deutschen öffentl. Stellen ¹²⁾ Sichteinlagen bei Kreditinst. außer. d. Zentralbanksystems	Mill. DM	19372	19417	18437	18598	18714	18902	19380	19927	19042	18904	20556	20177	19324	21297
Sichteinlagen beim ZBS ¹²⁾	vH	18,3	18,6	17,8	20,3	23,7	19,2	20,1	18,7	19,7	20,5	19,6	18,4	20,1	19,2
Termineinlagen	"	30,5	31,2	30,2	27,7	25,3	27,9	25,6	30,6	27,8	26,0	29,4	29,4	23,7	31,7
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	61,2	50,2	52,0	52,0	51,0	52,9	54,3	50,7	52,5	53,5	51,0	52,2	56,2	49,1
Spareinlagen	"	420	382	374	407	352	531	232	271	250	229	315	393	369	370
57213	"	57581	58330	58387	60073	61411	62398	63226	63673	64249	64602	65090	65567	66019	66019
Deutsche Bundesbank															
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM E	28284,2	28270,3	27249,2	27113,9	28547,6	25622,3	25769,0	26694,7	26473,4	26663,1	27282,2	27203,6	27287,6	28128,4
Gold	"	14408,1	14408,8	14423,6	14424,2	14426,6	14427,8	14428,7	14437,2	14437,9	14438,6	14439,3	14440,7	14441,4	14445,9
Guthaben bei ausländ. Banken Sorten, Wechsel, Schecks	"	13490,6	13519,7	12547,9	12426,5	13829,3	10926,0	11088,2	11991,3	11767,0	11959,7	12547,5	12453,6	12558,0	13399,5
335,5	"	341,8	277,7	263,2	291,7	268,5	252,1	266,2	268,5	264,7	295,4	309,3	288,2	283,0	
Wertpapiermarkt															
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien ²⁾	Mill. DM S	770,4	724,0	725,1	722,9	1023,2	1602,4	1609,7	786,0	995,1	1129,1	703,4	1869,4	1058,4	861,0
Pfandbriefe	vH	38,5	40,2	46,6	33,1	40,6	32,8	17,4	45,5	25,7	24,2	38,0	21,5	33,1	37,1
Kommunalobligationen	"	22,6	25,8	30,9	22,2	15,2	19,3	18,9	31,6	18,5	19,1	24,9	13,2	17,4	12,8
Öffentliche Anleihen	"	0,3	0,1	0,8	17,9	10,2	25,7	32,9	1,0	26,1	11,5	2,8	34,1	34,0	8,8
Industrieobligationen	"	—	—	—	—	14,7	6,9	9,3	9,5	—	12,4	11,3	13,9	2,4	6,5
Aktien	"	24,9	31,0	13,8	9,4	12,3	8,1	8,4	6,9	22,6	13,5	7,4	8,9	7,7	5,1
Kursdurchschnitt ³⁾ Aktien ⁴⁾	31.12.53 = 100	642,5	612,4	626,3	670,3	648	635	626	622	601	552	499	484	465	460
4%ige Wertpapiere	vH	101,87	101,67	101,60	101,37	101,12	101,65	102,25	102,32	102,37	102,34	102,20	102,25	102,24	102,13
5%ige Pfandbriefe	"	113,86	113,16	112,80	112,55	112,20	113,16	113,92	114,21	114,66	114,85	114,61	114,88	115,02	114,96
5%ige Kommunalobligationen	"	113,69	113,09	112,67	112,50	112,18	112,69	113,41	113,80	114,04	114,18	114,13	114,29	114,36	114,39
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	115,13	114,36	114,15	113,97	113,64	114,68	115,53	115,67	116,06	116,29	116,04	116,19	116,27	116,15
8%ige Industrieobligationen ⁵⁾	"	103,14	102,94	103,08	103,39	103,42	103,36	103,77	103,89	103,63	103,56	103,61	103,61	103,61	103,61
Finanzen															
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder ⁶⁾	Mill. DM S	5098,8	7312,9	4769,9	5321,6	8596,9	5592,6	4838,7	7505,7	4674,4	5944,8	8240,9	5175,3	5538,9	5538,9
Besitz- und Verkehrsteuern ⁷⁾	"	2150,3	4667,2	1899,1	2059,7	5634,8	2573,6	2024,3	4969,1	1970,0	2272,7	5420,4	2344,1	2308,8	2308,8
Lohnsteuer	"	903,8	950,3	1041,9	981,2	1102,1	1274,1	860,5	714,9	840,7	891,0	955,1	1034,6	1034,4	1034,4
Veranl. Einkommenst.	"	334,9	1959,6	260,1	236,3	2336,5	416,0	348,7	2282,6	424,0	434,0	2328,4	391,4	258,2	258,2
Körperschaftsteuer	"	135,5	1401,7	138,3	170,2	1740,0	262,3	164,5	1496,5	218,5	176,2	1544,5	186,9	123,6	123,6
Umsatzsteuer	"	1481,5	1463,1	1553,1	1601,7	1575,4	1835,9	1387,4	1336,1	1518,3	1515,5	1559,7	1622,5	1622,5	1622,5
Zölle und Verbrauchs- lastenausgleichsabgaben ⁸⁾	"	1115,6	1141,6	1230,6	1265,5	1314,1	1105,9	1026,7	1101,9	1053,0	1158,7	1212,2	1226,1	1263,6	1263,6
351,4	"	41,0	87,1	394,7	72,6	77,4	400,4	98,7	133,1	397,9	57,6	82,6	331,7	331,7	
Außenhandel															
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM S	3472	3678	3999	3833	4226	3794	4056	4180	3763	4363	4141	4202	3945	3884
Ausfuhr, insgesamt	"	4063	4303	4356	4242	4729	3827	4065	4754	4242	4666	4296	4483	4162	4356
Saldo ⁹⁾	"	+ 591	+ 625	+ 357	+ 409	+ 503	+ 33	+ 9	+ 574	+ 479	+ 303	+ 155	+ 281	+ 217	+ 472
Einfuhrvolumen ¹⁰⁾	"	3930	4187	4540	4356	4748	4350	4649	4810	4301	4959	4695	4740	4611	4519
Ausfuhrvolumen ¹⁰⁾	"	3866	4137	4195	4080	4508	3654	3924	4573	4099	4431	4146	4273	4000	4191
Terms of Trade ¹¹⁾	1954=100	119,3	118,2	118,2	118,2	118,0	120,7	119,5	119,5	119,5	119,3	118,2	118,0	120,9	120,9
Einfuhr															
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM S	868	959	1120	1204	1330	1064	1191	1203	1154	1274	1263	1080	997	938
Rohstoffe	"	739	768	720	701	745	788	636	763	697	772	754	737	779	695
Halbwaren	"	642	589	622	572	621	660	632	652	548	633	633	726	692	648
Fertigwaren	"	1192	1313	1440	1810	1489	1256	1504	1530	1332	1650	1446	1619	1439	1574
davon: Vorerzeugnisse	"	479	494	531	504	537	527	519	576	493	550	545	620	557	530
Enderzeugnisse	"	713	819												

Gegenstand	Einheit †)	1961							1962							
		Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Ver. St. v. Amerika																
Bruttozialprodukt	Mrd. \$	V ¹⁵⁾	.	.	522,3	.	.	538,6	.	.	545,0	.	.	552,0	.	555,5
Privater Verbrauch	"	" ¹⁵⁾	.	.	340,1	.	.	346,1	.	.	350,2	.	.	354,9	.	357,5
Bruttoinvestition	"	" ¹⁵⁾	.	.	75,2	.	.	80,4	.	.	79,6	.	.	81,1	.	79,0
einschl. Außenbeitrag	"	" ¹⁵⁾	.	.	106,9	.	.	112,1	.	.	115,2	.	.	116,0	.	119,0
Öffentlicher Bedarf	"	" ¹⁵⁾	.	.	106,9	.	.	112,1	.	.	115,2	.	.	116,0	.	119,0
Erwerbstätige ¹⁾	1000	E	68499	68539	67038	67824	67349	66467	65058	65789	66316	66824	68203	69539	69564	69762
Arbeitslose	"	E	5140	4542	4085	3934	3900	4091	4663	4543	4382	3946	3719	4463	4018	3932
Ind. Produktion ²⁾	1957 = 100	D	112	113	111	113	114	115	114	115	116	117	118	119	119	119
Lagerhaltung verarb. Ind. ³⁾	Mrd. \$	E	53,6	54,0	54,4	54,8	55,0	55,2	55,73	56,18	56,57	56,69	56,81	56,91	57,00	56,97
Außenh., Generaleinfuhr	Mill. \$	S	1285	1252	1197	1364	1342	1295	1373	1224	1386	1333	1454	1350	1337	1359
Generalausfuhr	"	S	1637	1670	1631	1890	1818	1827	1642	1775	1845	1881	1973	1970	1709	1683
Goldbestand	"	E	17527	17451	17376	17300	16975	16889	16815	16790	16608	16495	16434	16435	16147	16098
Konsumkredite ⁴⁾	"	S	41909	42090	42039	42181	42419	43163	42846	42632	42704	43285	43893	44553	44967	45514
Emissionen ⁴⁾	"	S	1901	2064	1918	4410	2404	2094	3506	2537	1877	4075	2149	2422	1646	.
Aktienkurse (500 Aktien) ⁵⁾	1941/43 = 100	D	65,38	67,79	67,26	68,00	71,08	71,74	69,07	70,22	70,29	68,05	62,99	55,63	56,97	58,52
Rendite öff. Anleihen	%	D	3,90	4,00	4,02	3,98	3,98	4,06	4,08	4,09	4,01	3,89	3,88	3,90	4,02	3,97
Staatsentnahmen	Mill. \$	S	3779	8713	10285	3811	8007	8980	5959	9773	12354	8153	10658	13315	4540	9445
Staatsausgaben	"	S	6322	7631	6771	7796	7485	7160	7395	6858	7749	7289	7229	7983	752	8541
Großhandelspreise ⁶⁾	1957/59 = 100	D	99,9	100,1	100,0	100,0	100,0	100,4	100,8	100,7	100,4	100,2	100,0	100,0	100,5	101,2
Lebenshaltungskosten ⁷⁾	"	M	104,4	104,3	104,6	104,6	104,6	104,5	104,5	104,8	105,0	105,2	105,2	105,3	105,5	106,1
Großbritannien																
Bruttozialprodukt	Mill. £	V	.	.	5900	.	.	6035	.	.	5804	.	.	6134	.	.
Privater Verbrauch	"	V	.	.	4412	.	.	4554	.	.	4208	.	.	4555	.	.
Bruttoinvestition	"	V	.	.	1122	.	.	1164	.	.	1237	.	.	1219	.	.
einschl. Außenbeitrag	"	V	.	.	1109	.	.	1132	.	.	1129	.	.	1180	.	.
Erwerbstätige ¹⁾	1000	E	23916	24000	24060	24076	24094	23923	23894	23889	23844	23877	23957	23995	24035	24068
Registrierte Arbeitslose	"	E	258,6	305,2	317,0	365,7	387,4	389,3	461,0	453,8	441,8	438,8	423,8	397,2	400,4	464,4
Ind. Produktion ²⁾	1958 = 100	D	110	96	116	118	119	111	111	117	120	113	119	117	109	100
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. £	S	335,8	345,4	330,6	365,0	360,1	325,4	390,1	322,1	374,8	334,9	396,0	356,5	374,9	371,6
Spezialeinfuhr	"	S	308,7	305,2	260,5	319,4	319,4	298,5	311,5	298,2	322,4	327,3	337,6	317,0	327,8	289,8
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	2453	3486	3553	3531	3556	3318	3410	3424	3452	3472	3525	3433	2915	2848
Emissionen ³⁾	Mill. £	E	114,8	60,8	78,8	62,0	52,2	30,9	40,4	22,6	48,4	49,4	26,3	80,3	127,1	53,3
Aktienkurse (Fin. Times)	1935 = 100	D	311,3	312,7	307,3	290,8	298,6	298,0	305,5	302,6	295,8	300,9	293,7	264,9	264,6	275,7
Rendite öff. Anleihen	%	D	6,49	6,59	6,47	6,40	6,43	6,56	6,52	6,27	6,21	6,19	6,15	6,19	5,98	5,86
Staatsentnahmen	Mill. £	S	409,5	450,3	457,2	366,5	474,8	472,2	820,8	992,7	884,0	316,6	481,8	503,5	415,1	510,7
Staatsausgaben	"	S	398,2	512,0	605,6	400,5	449,7	668,7	431,0	500,7	787,1	445,3	455,1	609,0	461,0	498,7
Großhandelspreise	"	S
industrieller Güter ¹⁰⁾	1954 = 100	D	116,1	116,9	117,1	117,1	117,3	117,5	117,8	118,1	118,3	118,2	118,3	118,5	118,7	118,8
Lebenshaltungskosten ¹¹⁾	17. 1. 1956 = 100	D	114,6	115,7	115,5	115,7	116,9	117,1	117,5	117,6	118,1	119,7	120,1	120,9	120,4	119,4
Frankreich																
Arbeitslose	1000	E	87,9	89,3	93,2	102,1	108,1	111,8	122,1	118,8	110,9	100,2	90,0	82,5	86,5	110,0
Ind. Produktion	1952 = 100	D	171	129	184	194	207	204	198	204	201	208	210	207	189	137
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. NF	S	2530	2300	2495	2688	2913	3154	3428	2940	3238	2976	3263	3033	2977	2663
Spezialeinfuhr	"	S	2392	2492	2879	3113	3151	325,5	2976	3003	3397	2934	3020	3032	3069	2364
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	2965	2810	2816	2829	2886	2939	2992	3057	3221	3318	3492	3484	3332	3414
Aktienkurse (124 Ind.-Akt.)	31. 12. 53 = 100	D	110,1	110,7	107,2	107,7	114,8	118,2	96,7	107,1	112,4	112,5	102,5	97,0	100,2	
Rendite öff. Anleihen	%	D	5,04	5,04	5,05	5,09	5,08	5,06	4,94	5,02	5,13	5,15	5,15	5,07	5,10	
Großhandelspreise (319 W.)	1949 = 100	D	180,5	182,1	183,7	185,9	187,4	188,9	187,1	187,2	188,3	187,0	193,2	186,9	184,7	
Lebenshaltungskosten ¹²⁾	1. 7. 56-30. 6. 57 = 100	D	133,4	134,2	134,9	136,4	137,8	138,3	139,2	139,0	139,7	139,8	140,6	141,1	141,8	
Italien																
Arbeitslose	1000	E	541	.	.	635	.	.	901	.	.	605	.	.	495	.
Ind. Produktion	1953 = 100	D	207,7	162,7	212,1	219,4	216,2	208,3	216,3	208,0	227,9	210,6	229,7	2,06	226,7	
Außenhandel, Einfuhr	Mrd. Lire	S	270	249	266	265	289	288	275	200	325	297	322	290	350	
Ausfuhr	"	S	235	214	217	258	240	233	202	238	260	227	250	238	264	
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	3232	3364	3369	3393	3415	3419	3408	3323	3279	3274	3204	3239	3152	
Aktienkurse	1958 = 100	D	263	264	252	260	262	247	241	239	244	234	236	220	216	
Rendite öff. Anleihen	%	E	5,18	5,17	5,22	5,22	5,20	5,14	5,05	5,06	5,08	5,07	.	.	.	
Großhandelspreise	1953 = 100	D	98,4	98,4	98,5	99,2	99,7	99,9	100,0	100,6	101,4	101,7	101,9	102,0	101,6	
Lebenshaltungskosten	"	D	117,7	117,9	118,1	118,4	119,2	119,6	120,1	120,8	121,5	122,5	122,5	122,9	123,4	
Niederlande																
Arbeitslose	1000	E	35,4	34,6	34,3	35,7	39,5	55,9	56,4	52,0	43,1	36,6	30,6	29,0	34,6	
Ind. Produktion	1953 = 100	D	157	154	154	162	161	162	166	171	163	164	165	166	164	
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. hf.	S	1443	1435	1471	1458	1717	1644	1731	1514	1745	1460	1721	1593	1661	
Spezialeinfuhr	"	S	1223	1227	1247	1332	1443	1309	1314	1234	1494	1241	1368	1434	1288	
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	1753	1710	1723	1780	1780	1715	1724	1726	1745	1754	1786	1795	1866	
Emissionen ¹³⁾	Mill. hf.	S	187,2	425,8	20,3	10,7	78,4	168,5	95,6	6,3	383,0	13,0	99,8	836,1	167,5	
Aktienkurse	1953 = 100	D	403	400	393	401	404	407	405	420	424	403	368	328	345	
Rendite öff. Anleihen	%	D	3,82	3,94	3,95	3,97	4,01	4,01	3,97	3,94	4,05	4,17	4,25	4,39	4,49	
Großhandelspreise	1948 = 100	D	139	138	137	138	138	138	138	138	139	141	142	142	140	
Lebenshaltungskosten	1951 = 100	M	128	129	129	129	130	130	130	130	131	133	131	134	129	
Belgien																
Arbeitslose ¹⁴⁾	1000	D	92,5	89	88	93	102	176	158	151	113	71	62	57	54	
Ind. Produktion	1953 = 100	D	117	132	140	143	146	139	137	142	141	144	146	144	.	
Außenh., Spezialeinfuhr	Mrd. bfms.	S	16,3	16,1	16,7	18,7	18,0	17,8	18,4	17,3	19,7	18,0	19,9	19,1	17,9	
Spezialeinfuhr	"	S	15,7	14,4	17,7	18,4	17,5	16,1	18,7	17,2	18,8	17,8	18,0	18,7	17,8	
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	1541	1580	1552	1610	1639	1657	1664	1649	1662	1620	1636	1603	1631	
Aktienkurse	1953 = 100	D	125	122	118	117										

